

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 22. August 1968

Nummer 34

Zur Wirtschaftslage

Erhöhte Bedeutung des Konjunkturverlaufs in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung

Das wirtschaftliche Wachstum wird sich in den Industrieländern der westlichen Welt in der zweiten Jahreshälfte nur abgeschwächt fortsetzen. Die Verlangsamung der Expansion wird nicht zuletzt durch die Maßnahmen bedingt, die die angelsächsischen Länder zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten ergriffen haben und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit der übrigen Welt erst in den kommenden Monaten in voller Schärfe verspürt werden dürften. In dieser Konstellation kommt der Nachfrageentwicklung in den währungsstarken kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften erhöhte Bedeutung zu. Sollten sich ihre heimischen Auftriebskräfte als zu schwach erweisen, um etwaige von der Auslandsnachfrage ausgehende dämpfende Einflüsse zu kompensieren, müßten sie bereit sein, eine expansive Konjunkturpolitik zu treiben.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* sind mit den Lohnvereinbarungen in der Stahlindustrie neue Daten gesetzt worden, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der kommenden Monate bestimmen werden. Nach der Einigung wird nun ein Lagerabbau im Bereich der stahlverarbeitenden Industrien einsetzen, der Produktion, Beschäftigung und Einkommen in der Stahlindustrie und den vorgelagerten Bereichen beeinträchtigen wird. Zugleich muß mit Auswirkungen auf das Preisniveau gerechnet werden, obwohl unter dem Druck der amerikanischen Regierung eine allgemeine Heraufsetzung der Preise für Stahlprodukte vermieden worden ist. Gleichzeitig dürfte die Handelsbilanz entlastet wer-

den, da sich die starken Importsteigerungen des ersten Halbjahres nicht fortsetzen werden. Der amerikanische Warenverkehr wird deshalb wieder mit Überschüssen abschließen.

Die Lohnzugeständnisse halten sich in dem seit Herbst 1967 üblichen Rahmen (+ 6,5 vH pro Jahr). Hätten sich Gewerkschaften und Unternehmer in der Stahlindustrie früher, etwa zu Beginn des Jahres, geeinigt, so wären mit der Bannung der Streikgefahr der amerikanischen Wirtschaft Übersteigerungen des Wachstumstempos im ersten Halbjahr erspart geblieben. Zwar hat die industrielle Produktion insgesamt in den ersten 6 Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr nur um 4,1 vH zugenommen; jedoch lagen die Steigerungsraten bei der Stahl- und der Automobilindustrie sehr viel höher. Sie erreichten im gleichen Zeitraum fast 15 bzw. annähernd 14 vH. Die Mehrproduktion ging im Hinblick auf die Unsicherheit in der Versorgung mit Stahlprodukten in erster Linie auf Lager. Fraglos wäre die Durchsetzung von Preissteigerungen insgesamt weniger leicht möglich gewesen, wenn der Lageraufbau sich in engeren Grenzen gehalten hätte. Vor allem wäre es wohl kaum zu einer Passivierung der amerikanischen Warenbilanz gekommen. Zudem spricht viel dafür, daß bei kontinuierlicher Entwicklung sowohl die restriktiven Eingriffe des Federal Reserve Board als auch die fiskalpolitischen Interventionen weniger ausgeprägt ausgefallen wären.

Die Anpassung der überhöhten Lagerbestände der stahlverarbeitenden Industrie an die Produktion dürfte sich über mehrere Monate erstrecken. Hinzu

kommt, daß auch der augenblickliche Auslastungsgrad der Kapazitäten im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie von unverändert 84 vH keinen Anreiz für erhöhte Investitionsaufwendungen bildet. Da auch von der öffentlichen Hand in den nächsten Monaten geringere Anregungen ausgehen werden, trägt die Geld- und Kreditpolitik in den kommenden Monaten erhöhte Verantwortung für die Kontinuität des Wirtschaftsgeschehens. Nur bei schnellem Übergang zu einer expansiven Geld- und Kreditpolitik mit einer spürbaren Senkung der langfristigen Zinssätze ist die Chance gegeben, daß über den Wohnungsbau der gesamten Wirtschaft in absehbarer Zeit neue Impulse vermittelt werden. Die latente Nachfrage nach Wohnraum ist nach wie vor groß, hielt sich aber in der jüngsten Zeit wegen der hohen Kosten für Kredite stark zurück.

In *Großbritannien* ist mit den Außenwirtschaftsergebnissen für den Monat Juli abermals die Hoffnung enttäuscht worden, daß die Pfundabwertung zu einer kräftigen Exportbelebung und einer fühlbaren Importabschwächung führt. In Landeswährung lagen die Importe in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um über 20 vH über dem entsprechenden Vorjahrsniveau, während die Exporte im gleichen Zeitraum nur um reichlich 10 vH stiegen. Bei diesem Vorjahrsvergleich muß berücksichtigt werden, daß die Exporte im Laufe des vergangenen Jahres — nicht zuletzt als Folge exogener Einflüsse — rückläufig waren. Hätte der Export in 1967 — wie in den vergangenen Jahren — seinen leicht steigenden Trend beibehalten, so läge das gegenwärtige Exportniveau nur um etwa 6 vH über seinem Vorjahrswert. Somit ist bisher nur das die Nachkriegszeit kennzeichnende mäßige Tempo des Exportwachstums wieder aufgenommen worden. Die Pfundabwertung, die die Importe — in britischer Währung — verteuerte und die Exporte — in ausländischer Währung — verbilligte, hat demnach bis jetzt weder zu einer fühlbaren Substitution von Importgütern durch heimische Waren noch zu einer — im Vergleich zu den Vorjahren — stark beschleunigten Steigerung des Auslandsabsatzes britischer Erzeugnisse geführt. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Abwertungserfolge in den nächsten Monaten einstellen werden. Jedoch darf nicht verkannt werden, daß die Kostenentwicklung der britischen Wirtschaft die Abwertungseffekte aufzuzehren droht; so lagen die Lohnsätze um die Jahresmitte bereits um reichlich 8 vH über dem Vorjahrsniveau.

Noch läßt sich nicht absehen, wie sich in *Frankreich* die starken Lohnsteigerungen auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken werden. Die Voraussetzungen sind z. Z. insofern günstig, als die zu erwartende beschleunigt steigende Verbrauchernachfrage zu einem großen Teil durch eine Ausweitung

des heimischen Angebots befriedigt werden kann. Da das Produktionspotential vor Beginn des Streiks nicht voll ausgelastet war, verfügt die französische Wirtschaft über einen Angebotsspielraum, dessen bessere Nutzung vor allem die Arbeitsproduktivität erhöhen dürfte. Gleichwohl werden sich bei einer Erhöhung der Nettolohneinkommen um rund 12 vH gegenüber dem Vorjahr Preissteigerungen von 5 bis 6 vH nicht vermeiden lassen.

Ob die beschleunigte Zunahme der Verbrauchernachfrage eine Mengenkonjunktur auslöst oder zu noch größeren Preissteigerungen führt, hängt entscheidend von der Einnahmen-Ausgaben-Politik der öffentlichen Hand ab. Die französischen Budget-Planungen sehen für das kommende Finanzjahr bei Ausgabensteigerungen um insgesamt 11 vH auch eine Erhöhung des Haushaltsdefizits vor. Damit begünstigt die Haushaltsgebarung ein Expansionsklima, das nötig ist, um die möglichen Fortschrittsraten der Arbeitsproduktivität zu realisieren und die Steigerung der Lohnstückkosten zu minimieren.

Ebenfalls positiv ist die Entwicklung der Außenwirtschaft zu beurteilen. Die Außenhandelszahlen für Juli zeigen, daß die Warenausfuhr nach den Exporteinbußen der beiden Vormonate wieder stark zugenommen hat. Wenn auch ein Nachholeffekt für die ungewöhnlich hohe Zunahme verantwortlich gewesen ist, so läßt der Erfolg doch erkennen, daß die französische Wirtschaft in ihren Exportbemühungen bisher nicht nachgelassen hat.

In *Italien* hat nun auch die Regierung ihre Sorge um die Sicherung der konjunkturellen Auftriebskräfte zu erkennen gegeben. Alarmiert durch Abschwächungstendenzen wichtiger Nachfragekomponenten wie Investition und Export, wurde dem Parlament ein Budget-Entwurf vorgelegt (Ausgabensteigerung: + 15 vH; Einnahmensteigerung: + 10,1 vH), der ein umfangreiches Bündel stimulierender Maßnahmen vorsieht. So sind fiskalische Erleichterungen für investitionsfreudige Unternehmer in Form einer Einkommensteuervergünstigung und des Wegfalls der Gesellschaftsteuer bei Kapitalaufstockungen geplant. Hinzu kommen Kreditvergünstigungen für plankonforme Projekte, mittelstandsfördernde Finanzierungshilfen und Subventionen beim Import hochwertiger produktivitätsfördernder Investitionsgüter. Daneben will die öffentliche Hand verstärkt Infrastrukturinvestitionen vornehmen — vorrangig in Süditalien. Auch die von den Unternehmen im Süden getragenen Soziallasten sollen erneut (in Höhe von 20 vH) vom Staat übernommen werden.

Die Maßnahmen sind geeignet, eine stärkere Wachstumsabschwächung zu verhindern und gleichzeitig den Produktivitätsfortschritt zu beschleunigen. Die stückkostensteigernde Wirkung der Lohn-

erhöhungen, die in den nächsten Monaten zu erwarten sind, könnte dann zumindest teilweise aufgefangen werden. Obwohl beschleunigte Lohnsteigerungen den privaten Konsum anregen werden, ist auch eine Verbrauchsförderung durch Senkung der Steuern für Haushaltsenergie sowie durch Erhöhung des Arbeitslosengeldes geplant. Der zur Durchführung

des Programms erforderliche Mehraufwand an Haushaltsmitteln wird das Defizit der öffentlichen Hand gegenüber dem laufenden Jahr erheblich vergrößern. Mit dem Entwurf stellt die italienische Regierung erneut modernes Finanzgebahren unter Beweis, das konjunkturpolitische Erfordernisse nicht an überholten Haushaltsgrundsätzen scheitern läßt.

Wachstum auf breiterer Basis in der Bundesrepublik

Die Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten schließt mit einem im großen und ganzen befriedigenden Ergebnis ab. Die konjunkturelle Situation ist nicht nur durch nennenswerte Wachstumsraten der Gesamtnachfrage und -produktion, sondern auch durch eine breitere Fundierung gekennzeichnet: War die Konjunktur bis zum Frühjahr noch überwiegend durch staatliche Investitionsprogramme, rasch zunehmende Gewinne und steigende Vorratsinvestitionen getragen worden, so haben im zweiten Quartal auch die Lohn- und Gehaltsempfänger und damit die privaten Haushalte Anschluß an die konjunkturelle Entwicklung gefunden.

Dieses Urteil über die Wirtschaftslage kam bereits vor einem Monat in den hier vorgelegten Schätzungen des Sozialprodukts für das zweite Vierteljahr zum Ausdruck. Es wird durch die inzwischen veröffentlichten Daten noch unterstrichen: Die Ausgaben für Ausrüstungen haben sich gegenüber dem Vorjahrsquartal um fast ein Zehntel erhöht, nachdem sie im Winterhalbjahr¹ um 4 vH zugenommen hatten. Erstmals seit längerem lagen auch die Aufwendungen für Bauten wieder über dem Vorjahrsniveau (ebenfalls annähernd 10 vH). Ferner hat sich der Prozeß der Lageraufstockung fortgesetzt, wenn auch nicht mehr im bisherigen Tempo. Keine nennenswerten Änderungen weist die relativ schwache Zunahme der öffentlichen Verbrauchsausgaben auf (2. Vj.: + 4,5 vH; Winterhalbjahr: + 4 vH).

Besondere Aufmerksamkeit verdient nach wie vor die außenwirtschaftliche Entwicklung: Die Expansion der Binnennachfrage hat auch zu einer verstärkten Beanspruchung des Angebots an ausländischen Erzeugnissen und Diensten geführt. Die Zuwachsraten der Einfuhren (etwa 10 vH) übertraf zwar die der Ausfuhren (5 bis 6 vH), der Einfuhrsog war jedoch noch immer zu schwach, um die exorbitant hohen Ausfuhrüberschüsse — oder zutreffender: Einfuhrdefizite — auf ein erträgliches Maß zu drücken.

Die Nettolöhne und -gehälter, die im Winterhalbjahr noch stagniert hatten, sind im zweiten Vierteljahr um mehr als 4 vH gestiegen, also mehr als ur-

sprünglich erwartet. Damit sind auch die Voraussetzungen für eine verstärkte Expansion der Ausgaben der privaten Haushalte geschaffen worden: Der private Verbrauch nahm im zweiten Quartal um etwa 5,5 vH zu (Winterhalbjahr: + 2,5 vH).

Auch das Bruttosozialprodukt zu jeweiligen Preisen hat sich rascher vergrößert, als aufgrund der vor einem Monat verfügbaren Statistiken angenommen wurde: Die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate belief sich im zweiten Quartal auf etwa 8 vH (Winterhalbjahr: 5 vH). Geringer fiel die Zunahme des Sozialprodukts zu konstanten Preisen aus, denn vor allem aufgrund der Mehrwertsteuer hat sich das gesamtwirtschaftliche „Preisniveau“ im zweiten Quartal um 1,5 vH erhöht. Besonders stark war der Preisanstieg bei den Anlageinvestitionen: Die realen Zuwachsraten der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen lagen mit je 5,5 vH um etwa 3,5 vH unter den nominalen Raten. Nicht so groß war erfreulicherweise die Differenz beim privaten Verbrauch; mit reichlich 1 vH war hier die Preissteigerung sogar kleiner als im Vorquartal.

Der Aufschwung wird sich fortsetzen: Inlands- und Auslandsbestellungen sowie die Auftragsbestände nehmen kontinuierlich zu; dem Ifo-Test zufolge werden die Auftragspolster, obwohl niedriger als vor der Rezession, von vielen Unternehmen bereits wieder als „normal“ bezeichnet.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Bei einem Urteil über den gegenwärtigen Expansionsprozeß wird man sich vor Analogien zu früheren Expansionsphasen — etwa der Jahre 1964/65 — hüten müssen. Und dies aus zwei Gründen:

- einmal besteht zwischen dem *Zustandsbild* damals und heute ein ganz wesentlicher Unterschied,
- zum anderen werden längerfristig *Strukturwandlungen* in der Zusammensetzung der Nachfrage unabweisbar, denen wirtschaftspolitisch Rechnung getragen werden muß.

¹ Oktober 1967 bis März 1968.

Die Expansionsperiode 1964/65 folgte einer Phase, in der sich lediglich das gesamtwirtschaftliche Wachstum *verlangsamt* hatte. In der Periode von Mitte vorigen bis Mitte dieses Jahres dagegen wurde die Wirtschaft aus einem *Rezessionstal* herausgeführt, mußten also nicht nur Wachstumseinbußen, sondern sogar absolute — für das warenproduzierende Gewerbe sogar recht empfindliche — Produktionsrückgänge wettgemacht werden. Obwohl heute viele Sektoren wieder mehr produzieren als vor der Rezession, verfügen sie immer noch über beträchtliche ungenutzte Produktionskapazitäten. Denn auch während der Rezession sind — wenn auch langsamer als vordem — die Kapazitäten erweitert worden. In diesem Jahr setzt sich dieser Prozeß wieder verstärkt fort. Mit einer Begrenzung des Angebots ist also von dieser Seite her vorerst keineswegs zu rechnen.

Die statistisch ausgewiesene Arbeitslosenquote ist inzwischen auf 1 Prozent gesunken. Die Zahl der offenen Stellen liegt wieder deutlich über der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Daraus wird vielfach gefolgert, daß eine Fortsetzung der bisherigen Nachfrageexpansion binnen kurzem inflatorische Tendenzen auslösen wird: Da die zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften auf ein starres Angebot stößt, würden — so meint man — die Lohnsätze, die bisher langsamer als die Produktivität gestiegen sind, die Produktivitätsentwicklung in bedenklichem Ausmaß überschreiten und damit Lohnstückkosten und Preise nach oben treiben.

Tatsächlich ist die Annahme, die niedrige Arbeitslosenquote sei ein Indiz für ein unelastisches Angebot an Arbeitskräften, recht fragwürdig: Gegenwärtig ist die Zahl der Beschäftigten um annähernd eine Million kleiner als vor der Rezession. Zwar repräsentiert diese Zahl kein entsprechendes Potential an kurzfristig verfügbaren Arbeitskräften: ein Teil auch der unfreiwillig aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen und in den Ruhestand Getretenen oder in ihre Heimatländer Zurückgekehrten wird der Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen; ferner setzen regionale und fachliche Immobilität häufig Grenzen, die zumindest nicht kurzfristig überwunden werden können. Selbst wenn die vorgesehenen staatlichen Programme zur Förderung der Mobilität der Erwerbspersonen überwiegend erst auf längere Sicht Früchte tragen werden, darf

doch damit gerechnet werden, daß bis Mitte nächsten Jahres etwa 400 000 zusätzliche Arbeitskräfte — das entspricht einer Zunahme von 2 vH — herangezogen werden können.

Doch nicht nur binnenwirtschaftliche Gründe, sondern auch zahlungsbilanzpolitische Erwägungen müssen gegen die Forderung geltend gemacht werden, die Bundesbank solle demnächst wieder ihre Zügel anziehen. Trotz der weiterhin günstigen heimischen Konjunkturaussichten ist nicht anzunehmen, daß unser hohes Einfuhrdefizit kurzfristig ausreichend abgebaut wird. Um so dringlicher ist es, daß die Bundesrepublik zunächst weiterhin durch den Export von Kapital, vor allem von langfristigen Mitteln, die Zahlungsschwierigkeiten unserer Partnerländer zu mildern hilft. Auf dem Wege zu diesem Ziel sind gerade in letzter Zeit beträchtliche Fortschritte gemacht worden: Im zweiten Quartal waren die langfristigen Kapitalexporte sogar erheblich größer als der Überschuß in der zusammengefaßten Bilanz der Waren, Dienste und Übertragungen. Diese Fortschritte sind nur durch die Auflockerung des inländischen Kapitalmarktes ermöglicht worden. Das bisher Erreichte würde deshalb rasch zunichte gemacht werden, wenn die Bundesbank wieder auf einen Restriktionskurs einschwenken würde.

Damit entgeht aber die Bundesrepublik nicht der Verpflichtung, auf eine Verminderung des *Leistungsbilanzsaldos* hinzuwirken, ein Problem, das auch im Ausland mehr und mehr in das Zentrum wirtschaftspolitischer Überlegungen rückt. Die angelsächsischen Länder haben bereits von sich aus restriktive Maßnahmen ergriffen, um ihrer außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Diese Maßnahmen allein dürften jedoch nicht ausreichen, um die Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Bei unveränderten Währungsparitäten bedarf es daher nach wie vor einer nachhaltigen Expansion der Binnen Nachfrage, um den erforderlichen Einfuhrsog auszulösen.

In dieser Woche sind die Beratungen des Finanzkabinetts über den Bundeshaushalt für 1969 und darüber hinaus die mittelfristige Finanzplanung bis 1972 aufgenommen worden. Es wäre erfreulich, wenn in dem zu erarbeitenden finanzpolitischen Konzept auch das Problem eines Abbaus unseres Leistungsbilanzüberschusses berücksichtigt würde.

Zur Entwicklung von Investitionsgüterpreisen und Investitionstätigkeit in der DDR

Entwicklung der Investitionsgüterpreise

Die zu Beginn des vergangenen Jahres vorgenommenen Preiserhöhungen — die letzte Etappe der mitteldeutschen Industriepreisreform, mit der Preisverzerrungen beseitigt werden sollten — haben sich vor allem auf den Investitionsgüterbereich ausgewirkt. Die Preise der Brutto-Anlageinvestitionen sind im Jahre 1967 um durchschnittlich 16 vH gegenüber 1966 gestiegen. Insbesondere die Bauinvestitionen zeigen eine ausgeprägte Verteuerung (28,5 vH); demgegenüber war der Preisanstieg bei Ausrüstungen weitaus geringer (8 vH).

Von den Verteuerungen der Investitionen sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche der DDR ihrer Investitionsstruktur entsprechend unterschiedlich betroffen worden. Bei den *Bauinvestitionen* entsprachen Kostensteigerungen von 29 bis 30 vH¹ in den meisten Bereichen etwa der durchschnittlichen Preiserhöhung. Offenbar infolge der Rationalisierungserfolge im Fertigtbau lag der Kostenzuwachs im Wohnungsbau mit + 23 vH erheblich unter dem Durchschnitt, während die Baupreise in der Land- und Forstwirtschaft — bei noch stark arbeitsintensiver Bauweise — mit + 34 vH überdurchschnittlich stiegen.

Über die Entwicklung der Preise für *Ausrüstungsgüter* liegen keine detaillierten Angaben nach Wirtschaftsbereichen vor. Immerhin ist bekannt, daß die Preisveränderungen der einzelnen Gütergruppen stark streuen: Während z. B. feinmechanische und optische Geräte gegenüber 1966 um gut 30 vH billiger geworden sind, zeigen die Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus Verteuerungen um 20 vH. Die Preise von Metallwaren und metallurgischen Produkten, soweit sie in Ausrüstungen eingehen, haben sich sogar um fast 70 bzw. 95 vH erhöht. Bei anderen Produkten ergaben sich geringere Preisänderungen: So haben die Güterpreise des Allgemeinen Maschinenbaus um 6 vH zu- und die des Fahrzeugbaus um 6 vH abgenommen, während die Erzeugnisse der Elektrotechnischen Industrie nur um knapp 1 vH teurer geworden sind.

Vergleichsrechnungen, die mit Hilfe von Investitionsverflechtungsbilanzen der Bundesrepublik durchgeführt wurden, ergaben für die DDR, daß der Anteil der von extremen Preisveränderungen betroffenen Güterarten an den Ausrüstungen nur in wenigen kleineren Wirtschaftsbereichen dominiert. Es erscheint deshalb vertretbar, die durchschnittliche Preissteigerung für Ausrüstungen (+ 8 vH), die etwa der Preiserhöhung der Erzeugnisse der

Metallverarbeitenden Industrie entspricht, als annähernd repräsentativ für die Verteuerung der Ausrüstungsinvestitionen in allen Bereichen anzunehmen, zumal sich diese Rechnung ohnehin nur für große Wirtschaftsgruppen durchführen läßt.

Für die Brutto-Anlageinvestitionen insgesamt ergeben sich danach in den mitteldeutschen Wirtschaftsbereichen folgende Preiserhöhungen (in vH gegenüber 1966):

Industrie	13
Bauwirtschaft	14
Land- und Forstwirtsch. (einschl. Wasserwirtsch.)	19
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	14
Handel	17
Kultur, Gesundheits- u. Sozialwesen	17
Erweiterung des Wohnungsbestandes	21
Übrige Bereiche	22

Qualitative Anpassungsschwierigkeiten im Investitionsbereich

Unter Ausschaltung dieser Preiserhöhungen errechnet sich für das vergangene Jahr ein realer Zuwachs der Brutto-Anlageinvestitionen (einschließlich Generalreparaturen) in der DDR von 8,4 vH gegenüber 1966. Dieses Ergebnis erscheint recht günstig angesichts der Unsicherheiten, die von den neuen Maßnahmen des NÖS sowohl auf die Investitionsentscheidungen der Betriebe als auch auf die Absatz- und Produktionssphäre der Hersteller von Investitionsgütern ausgegangen sind.

Wirkungen auf die *Nachfrage* nach Investitionsgütern ergaben sich vor allem deshalb, weil sich die Betriebe nunmehr gezwungen sahen, die Effizienz ihres betrieblichen Anlagevermögens zu überprüfen. Revisionen der Investitionsplanungen waren die Folge, mit denen die Betriebe sowohl den veränderten Preisverhältnissen als auch der Gewinnminderung durch die neu eingeführte Verzinsung des betrieblichen Anlagevermögens (Produktionsfondsabgabe) Rechnung zu tragen suchten. Ökonomisch fundierte Investitionsentscheidungen wurden jedoch durch die in der DDR überwiegend mangelhafte betriebliche Kostenerfassung erschwert². Nicht nur die Ermittlung der effektiven

¹ Vgl. Stat. Praxis, 4/1968, S. 238.

² Die im Jahre 1962 erlassene — erst zu Beginn dieses Jahres wieder aufgehobene — Kostenverordnung (Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 51/1962) hatte zur Folge, daß auch viele Großbetriebe sowohl die damals noch geführte Kostenstellenrechnung als auch die Vor- und Nachkalkulation ihrer Einzelprodukte fast vollständig einstellten (vgl. Die Wirtschaft, 1967, Nr. 41, S. 6 und Nr. 47, S. 19).

Die Brutto-Anlageinvestitionen der DDR nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967*)		
	in Mill. Mark zu jeweiligen Preisen							Mill. Mark zu Preisen von 1966	1960 = 100	Mill. Mark zu neuen Preisen
Bauinvestitionen	5 990	5 905	6 030	6 260	6 810	7 290	7 625	8 250	137,7	10 600
Industrie ²⁾	1 600	1 610	1 600	1 985	2 120	2 530	2 550	2 730	170,6	3 530
Bauwirtschaft	110	80	50	50	100	120	160	180	163,6	230
Land- und Forstwirtschaft ³⁾	910	870	830	880	930	1 125	1 295	1 420	156,0	1 880
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	440	500	590	620	510	465	435	460	104,5	600
Handel ⁴⁾	135	150	130	150	210	350	370	420	311,1	540
Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	235	230	230	240	270	190	150	180	76,6	230
Erweiterung des Wohnungsbestandes	1 470	1 485	1 620	1 450	1 500	1 460	1 570	1 720	117,0	2 120
Übrige Bereiche ⁵⁾	1 090	980	980	885	1 170	1 050	1 095	1 140	104,6	1 470
Ausrüstungsinvestitionen	8 175	8 455	8 660	9 210	10 155	11 025	11 875	12 800	156,6	13 800
Industrie ²⁾	4 870	4 905	5 200	5 605	6 040	6 600	7 080	7 815	160,5	8 430
Bauwirtschaft	325	310	300	280	345	340	390	420	129,2	455
Land- und Forstwirtschaft ³⁾	820	1 070	1 040	1 165	1 280	1 320	1 445	1 510	184,1	1 630
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	1 090	1 170	1 260	1 120	1 370	1 460	1 460	1 540	141,3	1 660
Handel ⁴⁾	290	350	330	255	310	370	500	520	179,3	560
Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	310	320	330	335	270	275	210	210	67,7	225
Erweiterung des Wohnungsbestandes	200	240	180	180	200	200	220	205	102,5	220
Übrige Bereiche ⁵⁾	270	90	20	270	340	460	570	580	214,8	620
Sonstige Investitionen⁶⁾ (alle Bereiche)	1 405	1 220	1 170	1 250	1 215	1 275	1 300	1 500	106,8	1 700
Brutto-Anlageinvestitionen, gesamt	15 570	15 580	15 860	16 720	18 180	19 590	20 800	22 550	144,8	26 100
Industrie ²⁾	7 190	7 150	7 380	8 370	8 850	9 850	10 400	11 540	160,5	13 040
Bauwirtschaft	490	450	420	350	450	480	570	630	128,6	720
Land- und Forstwirtschaft ³⁾	1 850	2 050	1 990	2 180	2 420	2 590	2 880	3 050	164,9	3 640
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	1 710	1 860	1 950	1 800	1 930	2 030	2 000	2 130	124,6	2 430
Handel ⁴⁾	490	570	520	460	560	775	920	990	202,0	1 160
Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen	590	610	630	630	560	500	380	410	69,5	480
Erweiterung des Wohnungsbestandes	1 770	1 820	1 960	1 750	1 800	1 780	1 890	1 970	111,3	2 390
Übrige Bereiche ⁵⁾	1 480	1 070	1 010	1 180	1 610	1 585	1 760	1 830	123,6	2 240

¹⁾ Einschl. Generalreparaturen; Angaben z. T. gerundet. — ²⁾ Einschl. Energie und Bergbau. — ³⁾ Einschl. Wasserwirtschaft. — ⁴⁾ Einschl. Volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB). — ⁵⁾ Staatliche Verwaltung, Gesellschaftliche Organisationen u. a. — ⁶⁾ Projektierungsleistungen, geologische Arbeiten, Ausgaben für Grundstückserwerb, Aufwendungen für Gutachten sowie für besondere künstlerische Leistungen. — *) Verteilung der Bauten und Ausrüstungen geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, 1965, 1966 und 1967, Statistisches Taschenbuch der DDR 1968 sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Stückkosten, sondern auch die Bestimmung der nach Inbetriebnahme neuer Anlagen zu erwartenden Kosten, die für Rentabilitätsberechnungen künftiger Produktionsprozesse unerlässlich ist, erfordert aber eine exakte Kostenrechnung.

Die revidierten Investitionsplanungen machten Anpassungen des Angebots von Investitionsgütern auch in qualitativer Hinsicht erforderlich. Umdispositionen hatten häufig zur Folge, daß komplette Ausrüstungsgüter bei den Herstellern länger als vorgesehen lagerten oder sich in ihrer Konstruktion als überholt herausstellten. Nachteilig dürfte sich auch bemerkbar gemacht haben, daß der Werkzeugmaschinenbau als Hersteller wichtiger, der Rationalisierung dienender Erzeugnisse seine Produktion nicht wie vorgesehen steigern konnte; sein Anteil am Produktionsvolumen der metallverarbeitenden Industrie ist seit 1960 mit knapp 3 vH konstant geblieben.

Auch 1967 bestanden bei grundsätzlich knappen Baukapazitäten³ weiterhin erhebliche Disproportio-

nalitäten sowohl hinsichtlich ihrer regionalen Verteilung als auch ihrer technischen Struktur. Bei geringer Mobilität über die Bezirksgrenzen hinaus werden die Kapazitäten häufig zweckentfremdet genutzt. Zudem stellt die noch immer administrative und durch Kontingente gekennzeichnete Planung und Verteilung der vorgesehenen Bauproduktion auf die Baukombinate und Baufirmen ein erhebliches Hemmnis für die Entfaltung der — im Rahmen vorgegebener Kennziffern — freien betrieblichen Investitionsentscheidungen dar. Die Baubetriebe versuchen deshalb häufig, den Abschluß von langfristigen Investitionsleistungsverträgen hinauszuzögern, um nicht — wie bisher — bei vielen Projekten gleichzeitig mit den Arbeiten beginnen zu müssen⁴. Eine derartige Zersplitterung der Leistungen der Baubetriebe auf zu viele Baustellen kann sich nur in Produktivitätsminderungen und deutlichen Verzögerungen niederschlagen.

³ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 14/1968.

⁴ Vgl. Neues Deutschland vom 18. 7. 1968, S. 3.

Die mitteldeutschen Investitionen seit 1960⁵

Die Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen in der DDR verlief zunächst recht ungleichmäßig. Der Schwächeperiode bis 1962 folgte 1963 eine Konsolidierungsphase (Jahreszunahme 5 vH), die in eine deutliche Expansion mündete. So wurden 1964 und 1965 jährliche Zuwächse der Investitionstätigkeit von 9 und 8 vH erreicht. Die Anpassungsschwierigkeiten als Folge der Maßnahmen des NÖS ließen den Investitionszuwachs 1966 wieder auf 6 vH zurückfallen; erst 1967 erhöhte sich das Investitionswachstum auf über 8 vH, wenngleich die Schwierigkeiten offenbar noch nicht überwunden werden konnten.

Vor allem der unterschiedliche Preisanstieg von Bauten und Ausrüstungen hat starke Verschiebungen der Bau- und Ausrüstungsquote mit sich gebracht, doch haben auch Änderungen in der Zusammensetzung der Investitionen eine Rolle gespielt.

Zu alten Preisen gerechnet ist der Bauanteil von 39 (1960) auf reichlich 36 vH (1967) gesunken und der Ausrüstungsanteil von gut 52 (1960) auf 57 vH (1967) gewachsen. Bei jetzt geltenden Preisen erreichen die Bauinvestitionen mit knapp 41 vH und die Ausrüstungen mit fast 53 vH wieder Anteile, wie sie bereits 1960 (zu alten Preisen) bestanden hatten.

Der Anteil der sonstigen Investitionen⁶ an der gesamten Investitionstätigkeit, der von 1960 bis 1966 von 9 auf 6 vH abgenommen hatte, ist 1967 real wieder auf 7 vH gestiegen. Dies ist Ausdruck deutlich wachsender Projektierungsaufwendungen, die in Zusammenhang mit verbesserten Investitionsvorbereitungen stehen dürften.

Charakteristisch ist für Mitteldeutschland, daß die *Industrie* — praktisch innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums — rund die Hälfte des mitteldeutschen Investitionsvolumens auf sich vereinigt hat. Hierin wird eine starke Förderung des industriellen Sektors sichtbar, die in den letzten Jahren auch in einem forcierten Aufbau neuer Großprojekte zum Ausdruck kommt. Bei seit 1960 nahezu konstanten Anteilen entfielen 1967 — zu neuen Preisen gerechnet — von den gesamten industriellen Investitionen 27 vH auf Bauten und 65 vH auf Ausrüstungen. Damit weist dieser Bereich in der DDR — zusammen mit dem Verkehr, Post- und Fernmeldewesen — die höchste Ausrüstungsquote auf.

Die *Bauwirtschaft*, auf die seit 1960 durchschnittlich nur knapp 3 vH der gesamten Investitionstätigkeit entfallen ist, hat in den letzten beiden Jahren merkliche Anstrengungen zur Steigerung ihrer Investitionen unternommen: So wurden 1966 und 1967

— jeweils zum Vorjahr — reale Zunahmen von 19 bzw. 11 vH erreicht. Die dringlich notwendigen Leistungserhöhungen dieses Bereichs sind infolge einer nur in begrenztem Umfang vermehrbaren Beschäftigtenzahl hauptsächlich durch verbesserte Maschinen und ihre stärkere Auslastung realisierbar.

Die *Land-, Forst- und Wasserwirtschaft* zeigt einen steigenden Anteil an den gesamten Investitionen; er erhöhte sich von 12 vH (1960) auf 14 vH (1967). Ursache hierfür ist sowohl der im Rahmen der „Industrialisierung“ der Landwirtschaft forcierte Aufbau größerer landwirtschaftlicher Betriebe als auch der Bau von Anlagen der Wasserwirtschaft. Dabei haben die Bauten seit 1965 stark zugenommen, so daß die Bauquote in den letzten Jahren bei fallender Ausrüstungsquote deutlich gestiegen ist. Sie betrug 1967 knapp 52 vH, während die Ausrüstungsquote nur 45 vH ausmachte.

Der Wirtschaftsbereich *Verkehr, Post- und Fernmeldewesen*, dessen Anteil an der mitteldeutschen Investitionstätigkeit von 1963 an laufend geringer wurde — 1967 erreichte er nur noch 9 vH —, weist die höchste Ausrüstungsquote aller Bereiche auf. Nach kontinuierlicher Zunahme machte sie 1967 gut 68 vH aus, während die Bauquote nur noch knapp 25 vH betrug. Hier haben sich sowohl merkliche Erhöhungen des Fahrzeugbestandes aller Verkehrsträger, vor allem in der Schifffahrt, als auch ein fortschreitender Ausbau der technischen Fernmeldeeinrichtungen von Post und Fernsehen ausgewirkt.

Die bisher betrachteten sog. produktiven Wirtschaftsbereiche nehmen in Mitteldeutschland eine deutliche Vorrangstellung ein. Auf die übrigen Bereiche entfallen nur etwa 25 vH aller Investitionen.

Der *Handel* ist mit nur 3 bis 4 vH an der mitteldeutschen Investitionstätigkeit beteiligt. Bei realer Verdoppelung seiner Investitionen seit 1960 hat dieser Bereich — infolge verstärkten Aufbaus von Selbstbedienungsläden und Kaufhäusern — in den letzten Jahren auch eine beträchtliche Erhöhung der Bauquote auf fast 47 vH erfahren. Die Bedeutung des *Kultur-, Gesundheits- und Sozialwesens* ist noch geringer: Hier ist der Investitionsanteil ab 1960 von 4 auf 2 vH gesunken.

⁵ Da das mitteldeutsche Preisniveau für Produktionsmittel im Zeitraum von 1960 bis 1966 nahezu konstant geblieben ist — lediglich bei völlig neu entwickelten Produkten sind das bisherige Niveau übersteigende Festpreise gesetzt worden —, ermöglichen die zu jeweiligen Preisen gerechneten Investitionsziffern bis 1966 in etwa einen realen Entwicklungsvergleich. Um die Vergleichbarkeit aber auch bis 1967 fortzuführen, wurden die Investitionsdaten des vergangenen Jahres sowohl zu alten als auch zu neuen Preisen angegeben.

⁶ Projektierungsleistungen, Ausgaben für den Grundstückserwerb (ausschließlich des Kaufpreises), Aufwendungen für Gutachten sowie für besondere künstlerische Leistungen, geologische Arbeiten.

Während das *Wohnungswesen* in der Zeit von 1960 bis 1962 — als jährlich noch durchschnittlich 87 000 Wohnungen neu- bzw. ausgebaut wurden — seinen Anteil an den gesamten Investitionen von gut 11 auf knapp 13 vH erhöhen konnte, hat dieser seitdem mit fallender Zahl der gebauten Wohnungen abgenommen. Er betrug in den letzten beiden Jahren — bei 65 000 und 76 600 neuen Wohnungen — rund 9 vH.

Die *übrigen Bereiche*, Geld und Kreditwesen, gesellschaftliche Organisationen sowie vor allem die staatliche Verwaltung (hierzu rechnet auch der Straßen- und Brückenbau) waren — bei deutlichen Schwankungen — mit 7 bis 9 vH an den mitteldeutschen Investitionen beteiligt. Davon entfielen durchschnittlich 40 vH auf den Straßen- und Brückenbau.

Ausblick

Der langfristige Perspektivplan sieht bis 1970 ein durchschnittliches Wachstum der Investitionen von jährlich 8,5 vH vor. Angesichts der unterdurchschnittlichen Entwicklung im Jahre 1966 wird dieses Ziel nur erreicht werden können, wenn die Investitionen 1968 und in den kommenden beiden Jahren mit mehr als 9 vH jährlich wachsen. Im laufenden Jahr jedoch wird der Rückstand kaum in geplantem Umfang aufgeholt werden können: Der Investitionszuwachs im 1. Halbjahr 1968 lag mit 9 vH unter der für 1968 insgesamt angestrebten Wachstumsrate von 10,7 vH.

Für eine Beurteilung der Investitionstätigkeit in der DDR ist jedoch weniger bedeutsam, ob das geplante Investitionsvolumen erreicht wird. Entscheidend ist es vielmehr, ob die Effizienz des Produktionsmitteleinsatzes gesteigert werden kann. Die zuletzt getroffenen Maßnahmen, vor allem die seit Jahresbeginn geltende Investitionsverordnung⁷, die eine gründliche Vorbereitung, den ständigen Kosten-

vergleich mit dem Ausland sowie eine schnelle Durchführung der Projekte verbindlich vorschreibt, streben dieses Ziel an. Der Einfluß der Banken auf die Kreditfinanzierung soll erhöht werden⁸. Es wird den Investoren empfohlen, die geplanten Investitionsprojekte durch Expertenkommissionen⁹ begutachten zu lassen. Von der vermehrten Anwendung der „Netzplantechnik“¹⁰ erhofft man sich eine Verkürzung der Bauzeiten, die „Generalbebauungs- und Generalverkehrspläne“ sollen in den Bezirken zur Überwindung struktureller Schwierigkeiten beitragen. Schließlich wird die Genehmigung für die Errichtung neuer Betriebe zur Verbesserung der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte künftig an die Erteilung von Standortbestätigungen durch die Räte der Bezirke geknüpft¹¹.

All diesen Maßnahmen wird erst in längerer Sicht Erfolg beschieden sein können. Für ihre Wirksamkeit ist die Vervollkommnung des Rechnungswesens ebenso Voraussetzung wie eine sich an betriebswirtschaftlichen Kategorien orientierende Aus- und Weiterbildung der Führungskräfte in den Produktionsbetrieben und im Bankenapparat. Der hier bestehende Nachholbedarf ist jedoch nicht kurzfristig zu befriedigen. Letztlich wird der Erfolg der Maßnahmen des „ökonomischen Systems des Sozialismus“ daran zu messen sein, ob es mit ihrer Hilfe der Wirtschaftsführung der DDR gelingt, ihre langfristigen Vorstellungen bei zunehmender betrieblicher Eigenverantwortung mit den betriebsindividuellen Wünschen in Übereinstimmung zu bringen und so die angestrebten Veränderungen der Wirtschaftsstruktur herbeizuführen. Dabei kommt der weiteren Gestaltung der Investitionspolitik entscheidende Bedeutung zu.

⁷ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 116/1967.

⁸ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 82/1968.

⁹ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 40/1968.

¹⁰ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil III, Nr. 8/1968.

¹¹ Vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 49/1968.

Gegenstand	Einheit †)		1967									1968					
			April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Ver. Staaten v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	°) 780,2	.	.	°) 795,3	.	.	°) 811,0	.	.	831,2	.	.	850,8
Privater Verbrauch	"	" ¹⁵⁾	.	.	°) 490,3	.	.	°) 495,5	.	.	°) 502,2	.	.	519,4	.	.	527,1
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	" ¹⁵⁾	.	.	°) 112,7	.	.	°) 120,1	.	.	°) 125,2	.	.	121,2	.	.	128,1
Öffentlicher Bedarf	"	" ¹⁵⁾	.	.	°) 177,3	.	.	°) 179,6	.	.	°) 183,5	.	.	190,5	.	.	195,6
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	73445	73637	75391	76221	76170	74631	75181	75218	75338	73273	74114	74517	75143	75931	77273
Arbeitslose	"	E	2666	2457	3628	3250	2942	2895	2951	2894	2719	3074	3288	2929	2491	2303	3614
Ind. Produktion ²⁾	1957/59 = 100	D	156,5	155,6	155,6	156,6	158,1	156,8	156,9	159,5	162,0	161,2	°) 162,0	°) 163,0	162,5	164,1	164,4
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	E	80,06	80,34	80,12	80,60	81,03	81,84	81,11	81,80	82,43	82,57	°) 82,92	83,22	83,96	84,51	.
Außenhandel, Generaleinfuhr	Mill. \$	S	2091	2222	2270	2127	2166	2112	2342	2435	2431	°) 2729	2448	2558	2755	2815	.
" Generalausfuhr	"	E	2670	2693	2635	2390	2448	2518	2456	2766	2841	2698	2695	2636	2947	2931	.
Goldbestand	"	E	13108	13108	13108	13109	13053	13007	13003	12907	12436	11983	11900	11096	10484	10452	10369
Konsumkredite	"	S	73840	74290	75051	75348	75889	76039	76223	76680	77946	77467	77327	77581	78345	79270	.
Emissionen ⁴⁾	"	E	4229	4002	5373	4375	10625	4218	4609	8732	4483	°) 4556	°) 8072	5069	3448	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 10	D	90,96	92,59	91,43	93,01	94,49	95,81	95,66	92,66	95,30	95,04	90,75	89,09	95,67	97,87	100,53
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	4,51	4,76	4,86	4,86	4,95	4,99	5,18	5,44	5,36	5,18	5,16	5,39	5,28	5,40	5,23
Staatsseinnahmen	Mill. \$	S	17070	11295	21501	8938	11766	15176	8739	11032	12734	12237	12134	11899	19081	11711	.
Staatsausgaben	"	S	11189	14445	12762	14538	16325	14201	14815	15202	13434	15471	14429	14947	15712	16241	.
Großhandelspreise ⁶⁾	1957/59 = 100	D	105,3	105,8	106,3	106,5	106,1	106,2	106,1	106,2	106,8	107,2	108,0	°) 108,2	108,3	108,5	108,7
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	"	M	115,3	115,6	116,0	116,5	116,9	117,1	117,5	117,8	118,2	118,6	119,0	119,5	119,9	120,3	.
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	8502	.	.	°) 8443	.	.	°) 8690	.	.	8453	.	.	.
Privater Verbrauch	"	"	.	.	6274	.	.	6379	.	.	6688	.	.	6384	.	.	.
Bruttoinvestition einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	1652	.	.	1625	.	.	°) 1593	.	.	1691	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch	"	"	.	.	1739	.	.	1765	.	.	1823	.	.	1881	.	.	.
Erwerbstätige ¹⁾	1000	E	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Registrierte Arbeitslose	"	E	567,4	541,4	499,8	497,1	555,6	555,4	560,7	581,6	582,7	630,9	619,2	589,9	578,4	548,9	516,7
Ind. Produktion ²⁾	1958 = 100	D	137	134	136	124	115	134	°) 138	141	137	°) 135	°) 142	146	136	143	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	533	544	552	490	530	511	526	599	578	691	°) 639	°) 666	647	718	582
" Spezialausfuhr	"	S	454	476	451	440	392	390	352	388	469	500	528	°) 530	510	523	523
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3405	2954	2834	2792	2758	2733	2808	2935	2695	2748	2770	2722	2772	2746	2683
Emissionen ⁴⁾	Mill. £	"	70,1	85,5	84,8	83,8	52,5	101,7	74,2	79,9	86,2	98,8	64,2	°) 51,6	63,4	125,3	122,2
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	6,34	6,51	6,68	6,87	6,80	6,79	6,87	7,02	7,13	7,09	7,13	7,18	7,18	7,26	7,46
Staatsseinnahmen	Mill. £	S	.	.	°) 2758	.	.	°) 3125	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Staatsausgaben	"	"	.	.	°) 2926	.	.	°) 3056	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	133,6	133,6	133,5	134,4	134,7	134,9	135,4	135,9	136,5	137,9	°) 139,2	°) 140,6	141,1	141,2	141,3
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	16.1.1962 = 100	"	119,5	119,4	119,9	119,2	118,9	118,8	119,7	120,9	121,5	121,6	122,2	122,6	124,8	124,9	125,4
Frankreich																	
Arbeitslose	1000	E	188,7	179,0	168,3	168,2	174,4	193,4	217,0	238,1	248,1	271,7	273,7	264,0	250,6	.	243,0
Ind. Produktion	1959 = 100	D	155	153	163	139	97	155	165	166	167	166	165	172	170	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	5185	5227	5043	4583	3826	4991	5222	5255	5660	5375	°) 5453	°) 6117	5753	3930	5490
" Spezialausfuhr	"	S	4788	4566	5057	4722	3467	4533	5133	5086	5181	4864	°) 5752	°) 5369	5898	3800	3940
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	E	5722	5749	5772	5813	5824	5835	5848	6182	6108	6053	6014	6023	6027	5720	5517
Aktienkurse (124 Ind.-Aktien)	31.12.58 = 100	D	57,8	60,1	59,1	56,8	60,1	66,6	66,0	64,4	62,1	64,5	63,1	68,4	71,0	67,2	64,7
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	5,71	5,69	5,95	5,71	5,62	5,73	5,64	5,69	5,60	5,76	5,84	5,84	5,72	5,96	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	203,2	204,3	200,9	200,4	202,3	202,7	204,2	205,3	206,0	205,5	205,4	°) 203,9	201,0	206,0	201,8
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1962 = 100	"	116,4	116,6	116,6	116,9	117,3	117,7	118,3	119,2	119,3	120,5	120,6	120,7	121,0	121,4	121,8
Italien																	
Arbeitslose	1000	E	354	.	.	299	.	.	345	.	.	516	.	.	346	.	.
Ind. Produktion ¹³⁾	1953 = 100	D	110,0	113,1	111,6	113,7	80,0	113,6	117,7	112,7	107,1	°) 108,4	°) 111,8	°) 116,9	113,7	.	.
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	507	488	506	532	430	494	545	548	524	472	460	517	528	549	.
" Ausfuhr	"	"	449	480	441	465	379	448	510	472	467	462	484	°) 536	513	528	.
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	D	3964	4034	4066	4221	4456	4550	4684	4684	4618	4540	4504	4404	4410	4375	4177
Aktienkurse	1958 = 100	E	152	156	154	152	157	164	169	164	159	158	154	157	160	.	.
Rendite öffentliche Anleihen	%	E	5,89	6,13	6,05	5,85	5,89	5,85	5,53	5,78	5,85	5,49	5,35	5,45	5,68	5,77	.
Großhandelspreise	1966 ¹⁷⁾ = 100	D	99,4	99,4	99,3	98,9	99,6	100,4	100,4	100,7	100,7	100,7	100,7	100,9	100,6	100,0	99,8
Lebenshaltungskosten	"	"	101,5	101,7	101,9	102,1	102,3	102,7	102,6	102,6	102,6	103,0	102,9	103,0	103,2	103,3	.
Niederlande																	
Arbeitslose	1000	E	92,8	80,6	77,7	87,4	84,7	85,9	92,5	104,0	126,1	135,5	125,8	108,6	92,2	79,7	.
Ind. Produktion	1963 ¹⁷⁾ = 100	D	131	126	130	108	122	132	139	143	144	°) 136	°) 141	142	141	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	2497	2510	2668	2353	2359	2473	2651	2698	2597	2978	2508	2852	2550	2949	2524
" Spezialausfuhr	"	S	2108	2143	2323	1939	2191	2319	2483	2406	2173	2463	2228	2426	2399	2626	2165
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	E	1995	2065	2094	2104	2064	2104	2229	2271	2267	2128	2097	2015	1972	1943	1922
Emissionen ¹⁸⁾	Mill. hfl.	S	172,2	16,2	315,1	187,8	191,5	100,9	164,9	253,1	27,3	156,4	112,4	364,7	281,7	36,9	.
Aktienkurse	1953 = 100	D	303	311	302	312	329	344	346	346	361	371	364	375	394	407	.
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	5,82	5,81	5,97	6,10	6,08	6,03	6,14	6,14	6,11	6,00	6,13	6,12	6,17	6,18	6,24
Großhandelspreise	1948 = 100	D	165	167	166	164	163	163	163	164	164	164	165	164	163	.	.
Lebenshaltungskosten	1959/60 = 100	M	134	133	135	133	133	133	132	132	133	133	134	136	136		